

Grenzach-Wyhlen, 3. November 2017

Jede Reise beginnt mit dem ersten Schritt.
Lao Tze, Konfuzius, u.A.

Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in Zeiten finanzieller Risiken
Grenzach-Wyhlen muss gemeinsam handeln!

***Die SPD unterstützt ausdrücklich die Schritte des Gemeinderats für ein
koordiniertes Handeln***

Qualifizierte Arbeitsplätze sichern unsere Zukunft

Seit über 2 Jahren mahnt dir SPD eine aktive Stellenpolitik für unsere Gemeinde und den Hochrhein an.

Da Grenzach-Wyhlen über keine nennenswerten Grundstücksreserven verfügt, die industriellen Arbeitgeber über nicht mehr gebrauchte Gewerbe- und Industrieflächen verfügen, fordert die SPD seit Jahren, dass wir endlich einen zielführenden Dialog, insbesondere mit der BASF und DSM führen.

Dazu müssen endlich

- der Bebauungsplan „Rheinvorland West“ den realen Gegebenheiten angepasst werden,
- die möglichen Flächen mit der BASF abgeklärt werden, wie es in der letzten Gemeinderatssitzung jetzt auch die FDP Fraktion fordert um zum Nutzen Aller
- mit ansiedlungswilligen Firmen Gespräche konkret fortgeführt werden können.

Der Fokus sollte dabei auf eine Mischung aus etablierten Unternehmen und Start-Ups gelegt werden.

Gewerbe- und industrielle Nutzung sollten sich ergänzen, dass nicht mehr ansässige Firmen gezwungen sind in andere Orte auszuweichen, da Grenzach-Wyhlen ihre Platzwünsche für Investitionen „nicht bedienen“ kann.

Gewerbesteuereinkommen werden dringend gebraucht, wie sich in den letzten Monaten dramatisch zeigte. Die verbliebenen finanziellen Möglichkeiten unserer Gemeinde müssen nicht fallweise entschieden werden. Es ist vielmehr eine Gesamtplanung und Konzentration auf zukunftsweisende Investitionen dringend erforderlich.

Dazu gehören Bildung, Arbeitsplätze, soziale Teilhabe für alle Bürger und Bürgerinnen. Wünschenswertes, welches das Erreichen dieser Ziele erschwert und/oder unmöglich macht, müssen – wenn auch schweren Herzens – zurückgestellt werden. Sollte die Gemeinde – was konkret droht – ihre finanzielle Selbstbestimmung verlieren, so werden neben den „heiligen Kühen“ auch Einschnitte in das soziale Netz erfolgen und „nur noch“ Pflichtaufgaben möglich sein, Gebühren für die Bürger weiter erhöht; Maßnahmen die insbesondere die finanziell Schwächeren treffen werden.

Das Vorstandsteam
Robert Blum / Marianne Müller